

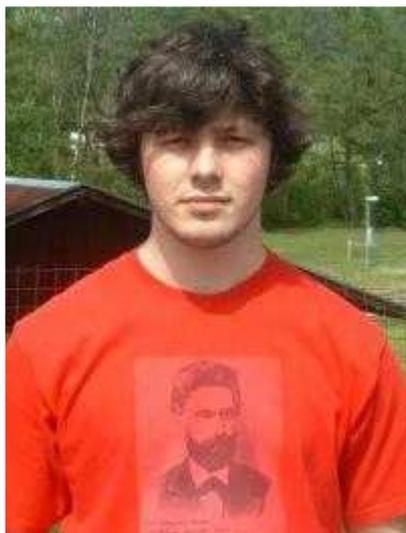
SEPP



sozialistisch-emanzipatorisches positions-papier

Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen,



vor allem in Wahlkampfzeiten ist eine überlegte, auf Idealen und grundsätzlichen Überzeugungen basierende Politik eine Seltenheit. Auf Stimmenfang ausgerichtete Versprechungen und inhaltslose Phrasen sind dagegen die Regel. Besonders die Konservativen und Liberalen übertrumpfen sich geradezu auf der Jagd nach Prozentpunkten in ihrem Steuersenkungsfetischismus.

Wir Jusos Niederbayern lassen uns durch den Wahlkampfauflauf nicht beirren und reihen uns nicht unreflektiert in den Wahlkampfjubiläum anderer Jugendorganisationen ein, sondern setzen auf Kontinuität und Seriosität unserer politischen Inhalte. Anders als die Konkurrenz von Junger Union und Jungen Liberalen richten wir unser politisches Engagement nicht nach Karrierechan-

cen einzelner aus, sondern kämpfen getreu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für eine Gesellschaft in der soziale Absicherung nicht das Privileg einiger weniger, sondern das Recht aller ist. Dabei haben wir stets die Schwächeren der Gesellschaft im Blick, deren Lebensbedingungen wir spürbar verbessern wollen.

Die Marktradikalen von Union und FDP sehen im „freien“ Markt das Allheilmittel für allerlei Probleme. Sie scheinen nichts aus der Anfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gelernt zu haben.

Wir dagegen haben uns nicht der neoliberalen Meinungsführerschaft angeschlossen, sondern haben stets vor der Krisenhaftigkeit und den sozialen Verwerfungen des freien Marktes gewarnt. Die Entwicklungen der vergangenen Monate zeigen, dass tiefgreifende politische Konsequenzen gezogen werden müssen – die Marktgläubigkeit muss ein Ende haben.

Deswegen engagieren wir uns auf vielfache Weise für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft.

Im vorliegenden Sozialistisch-Emanzipatorischen Positionspapier (SEPP) wollen wir kurz über vergangene Aktionen und Veranstaltungen der Jusos Niederbayern informieren, welche einen kurzen Abriss unserer politischen Arbeit darstellen. Hervorzuheben ist dabei unser Kampf gegen den Rechtsextremismus, der nicht nur als Reaktion auf die verstärkten neonazistischen Ak-

tivitäten in Ostbayern zu sehen ist, sondern für uns eine Selbstverständlichkeit und absolute Notwendigkeit im Einsatz für eine tolerante und demokratische Gesellschaft ist.

Sozialistische Grüße,

Bezirksvorsitzender Martin Oswald

IMPRESSUM

Jusos in der SPD, Bezirk Niederbayern

Obermaierstraße 4, 94315 Straubing

Internet: <http://www.jusos-niederbayern.de>

Email: mail@jusos-niederbayern.de

v.i.S.d.P.: Katja Ertl, Kichfeldstraße 13, 94551 Lalling

Redaktion: Katja Ertl

**Wechsel an der Juso-Spitze
Juso-Bezirkskonferenz wählt
Martin Oswald zum neuen Vor-
sitzenden**

Nur ein Jahr hatte Michael Adam aus Bodenmais das Amt des Juso-Bezirksvorsitzenden inne. Bei der Bezirkskonferenz der Jusos im Magnobonus-Markmiller-Saal gab er den Posten wieder ab, da er bei der Kommunalwahl im letzten Jahr zum Bürgermeister von Bodenmais gewählt worden war und mit diesem Amt alle Hände voll zu tun hat. Martin Oswald trat seine Nachfolge an.

Nach seiner Wahl zum Bezirksvorsitzenden habe die Kommunalwahl alles verändert, sodass er die Ziele des Juso-Bezirks nicht mehr in vollem Umfang verfolgen konnte, gab Adam selbstkritisch zu. Zudem sei Thomas Asböck zum Juso-Landesvorsitzenden gewählt worden „Mit ihm brach eine weitere Stütze weg“, so Adam. Darunter habe die Juso-Arbeit gelitten, die einen Jungbrunnen für die SPD darstelle. Die personellen Änderungen sollen maßvoll

und nicht umbruchartig erfolgen, so Adam. Die ureigenen Juso-Aufgaben müssten wieder stärker forciert werden, deshalb schlug er eine personelle Veränderung beim Bezirksvorsitzenden vor. Er selbst werde als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung stehen. Adam sprach außerdem die allgegenwärtigen Themen der Wirtschaftskrise und der Gleichstellung zwischen Frau und Mann an. Es habe sich am letztjährigen Arbeitsprogramm nicht viel verändert, erläuterte im Anschluss Martin Oswald vom Kreisverband Deggendorf, der als neuer Bezirksvorsitzender vorgeschlagen worden war. Bei den Wahlen wurde er dann auch mit 31 von 34 Stimmen zum neuen Bezirkschef der Jusos gewählt. Die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden wurde von 15 auf 16 erhöht, sodass dem Bezirksvorstand Antonia Biller, Katja Ertl, Kunigunde Holler, Nicole König, Julia Niemann, Katja Reitmeier, Johanna Uekermann, Simone Wieland, Michael Adam, Thomas Asböck, Kirill Grebenyuk, Christian Haas, Florian Huber, Thomas Saatberger, Alex Schulze und Marco Süß angehören.



Im neuen Landtag habe sich mit fünf Parteien im Parlament viel verändert, gab der Landtagsabgeordnete Reinhold Perlak einen Einblick in sein neues Aufgabengebiet. Die Zeiten seien vorbei, in denen die CSU selbstherrlich ihre absolute Mehrheit ausspielen konnte. Sie werde Mühe haben, ins EU-Parlament einzuziehen, so Perlak. Er selbst sei in

den Ausschüssen, Inneres, Europa-, Bundesangelegenheiten und Kommunales vertreten, dies böte ihm genügend Arbeitsfelder. Das Wahlergebnis dürfe nicht zufrieden stellen, wurde Perlak deutlich, dieses Debakel dürfe nicht noch mal passieren. Christian Flisek, Europakandidat der Niederbayern SPD, legte am Nachmittag seine Standpunkte für ein soziales und gerechtes Europa dar. Europa benötige eine Sozialunion, die diesen Namen auch verdiene. Die europäischen Arbeitnehmer dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Finanzmärkte sollten den Unternehmen dienen und stellen keinen Selbstzweck dar, schwenkte Christian Flisek zur derzeitigen Krise um. Er forderte eine stärkere Aufsicht und Kontrolle hochspekulativer Finanzprodukte.



Der neue Bezirksvorstand

Martin Oswald, Bezirksvorsitzender (DEG)

Christian Haas ist neuer Juso-Chef im Rottal-Inn

Christian Haas ist neuer Juso- Vorsitzender im Landkreis Rottal-Inn. Das haben die Neuwahlen des Kreisverbandes ergeben. Der 22- jährige Regierungsinspektor und frisch gewählte Juso- Chef aus Bad Birnbach will sich jetzt dafür einsetzen, „dass im Landkreis ein Jugendparlament

eingeführt wird, in dem Jugendliche und junge Erwachsene an die demokratischen Strukturen herangeführt werden und ihre Wünsche vorbringen können“. Als einen wichtigen Beitrag zu einer „Gesellschaft der Zukunft“ zählt Haas, „dass Jugendliche eine echte Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten“. Grundsätzlich solle das Kapital dem Menschen dienen, nicht die Menschen dem Kapital, so Haas in seiner Antrittsrede. Zu StellvertreterInnen des Juso- Chefs, der seit vier Jahren bei der SPD ist, wurden der Student Benjamin Lettl, der Fachoberschüler Tim Schreiter und die Abiturientin Özlem Keskin gewählt. Das Führungsamt in Rottal- Inn übernimmt Haas von Thomas Asböck. Der 28- jährige Asböck ist seit April letzten Jahres Juso- Landesvorsitzender in Bayern und wollte den Stab im Landkreis nun an einen Jüngeren weitergeben. Als wichtigste Errungenschaft seiner Amtszeit bezeichnete Asböck, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Grünen Jugend im Vorfeld einer geplanten NPD- Veranstaltung in Eggenfelden das „Bündnis gegen Rechts“ ins Leben gerufen zu haben. Gleichzeitig kritisierte Asböck die Junge Union dafür, diesem Bündnis fern geblieben zu sein. SPD- Kreisvorsitzende Renate Hebertinger sicherte dem neu gewählten Haas ihre Rückendeckung zu. Gerne werde die Kreistagsfraktion einen Antrag zum Thema Jugendparlament einbringen, so Hebertinger. In ihrem Grußwort betonte die Kreisvorsitzende, „dass die Jusos jung, links und frech sein sollen und nicht immer mit der Mutterpartei SPD überein zu stimmen

brauchen“.

Besonders erfreulich sei zudem, „dass zurzeit drei SPD- Ortsvorsitzende im Landkreis Rottal- Inn aus den Reihen der Jusos stammen – und zwar Christian Haas (Bad Birnbach), Bianca Rems (Bayerbach) und Christoph Hölzlwimmer (Egglham).“ Auch dieser Tatendrang lasse für die Zukunft hoffen, sagte Renate Hebertinger.



Der neu gewählte Vorsitzende Christian Haas

Christian Haas, stellvertretender Bezirksvorsitzender (Rottal-Inn)

Jusos und MdB Jella Teuchner diskutierten über Reform der Ärztehonore

Im Zuge der Einführung des Gesundheitsfonds wurden auch die Ärztehonore reformiert. Dadurch fürchten die niedergelassenen Ärzte und viele Fachärzte um ihre Existenz. Patienten werden dadurch verunsichert, wenn sie zur Vorkasse gebeten oder nur bei Direktabrechnung behandelt werden.

Diese Problematik diskutierten die niederbayerischen Jusos und Jella Teuchner. Schwerpunkt bildete dabei die Honorarreform der Ärzte. MdB Jella Teuchner (SPD) informierte die Jusos darüber, dass die Honorarreform eine langjährige Forderung der Ärzte um-

setzt. Diese Reform hat eine bessere Kalkulierbarkeit des ärztlichen Einkommens, mehr Transparenz und eine gleiche Vergütung für eine ärztliche Leistung in Ost und West zum Ziel.

Seit 1. Januar 2009 werden die Leistungen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit festen Preisen einer Euro-Gebührenordnung vergütet. „Damit erhöht sich die Kalkulierbarkeit des ärztlichen Einkommens.“ stellten die Jusos positiv fest. „Insgesamt“ so Teuchner, „wurden über drei Milliarden Euro mehr Honorar für Ärzte bereitgestellt. Das bedeutet, dass rein rechnerisch jede der bundesweit rund 137 000 Arztpraxen ein jährliches Plus von etwa 17 500 Euro verzeichnen müsste.“

Den niederbayerischen Jusos war unverständlich, warum die Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung steigen, die niedergelassenen Ärzte mehr Honorar bekommen und dennoch angeblich Einkommenseinbußen erleiden. Bundestagsabgeordnete Jella Teuchner erklärte „In diesem Fall liegt die Schuld eindeutig bei der Selbstverwaltung und insbesondere bei den Kassenärztlichen Vereinigungen.“ Diese hätten es in der Hand gehabt, die Verteilung der Honorarmittel so auszugestalten, dass die größten Ungerechtigkeiten erst gar nicht entstehen. „Vor allem aber wäre es notwendig gewesen, den einzelnen die Auswirkungen der Reform zu erklären. Wenn die Selbstverwaltung so versagt, wie im Falle der Honorarreform, darf sie sich nicht wundern, dass die Bundespolitik ihr immer detailliertere Vorgaben macht und der Gestaltungsspielraum eingeschränkt wird.“ konstatierte Teuchner. Mittlerweile werden die Honorare nachverhandelt, so die Aussagen der KV.

„Wann könne man genauere Aussagen über die Wirkung der Honorarreform machen“ wollten die Jusos wissen. „Bisher gibt es von Seiten der Kassen nur Schätzungen und Vorausberechnungen. Man wird wohl erst im Mai genauer wissen, wie das System wirkt.“ erläuterte Teuchner.

Interessant finden die niederbayerischen Jusos auch, dass die Kassenärzte im Protest mit Ministerpräsident Seehofer einen Verbündeten gefunden haben. „Die Vergütungsreform der Ärzte wurde mit Zustimmung der CSU beschlossen. Trotzdem will Seehofer inzwischen die Reform mit seinem Gesundheitsminister Söder wieder rückabwickeln.“ Jella Teuchner pflichtete bei „Unterstützung gibt es dafür bei der CDU nicht. Auch bei den Ärzten nicht, die auf keinen Fall zu den alten Zeiten zurückwollen.“



Andreas Winterer (v.l.), Bürgermeister Michael Adam, Daniel Süß, Thomas Asböck, Daniel König, Europakandidat Christian Flisek, Katja Reitmeier und die gesundheitspolitischen Sprecherin der Bayern-SPD, MdB Jella Teuchner.

Katja Reitmeier, stellvertretende Bezirksvorsitzende (Passau)

Bündnis gegen Rechtsextremismus

Der Juso-Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus lud mit viel Resonanz Verbände, Organisationen und Parteigliederungen ein, um ein gemeinsames

Bündnis gegen Rechtsextremismus zu gründen.

Der Einladung am 8. Mai, an dem vor 64 Jahren Deutschland von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft befreit worden war, folgten VertreterInnen der SPD, der Grünen, der ÖDP und der Linken, des DGB und der DGB-Jugend, Jusos, AWO, von Ausländer- und Migrationsbeirat und Antifa.

Weitere Organisationen wie die Caritas und die FDP zeigten Interesse, mussten sich aber wie die Bürgermeister aus terminlichen Gründen entschuldigen.

Der stellvertretende Juso-Landesvorsitzende, Thomas Asböck, referierte über "Strategien des Rechtsextremismus und der rechtsextremen Parteien". Insbesondere wurde auf die NPD eingegangen. So viel Appell zeigte Wirkung: Zu den Erstunterstützern des Bündnisses gegen Rechts kamen noch einige mehr hinzu.

Neben aufklärenden Veranstaltungen und Aktionen sollen mit dem Bündnis vor allem rechtsextreme Kundgebungen in Straubing verhindert werden.

"Das Bild hat sich gewandelt, nun präsentiert sich Rechtsextremismus auch in Form von Grillfeiern für Familien. Rechte Politik will eine Alternative sein - das müssen wir verhindern", bekräftigte Thomas Asböck. Unterstützung bekommt der politische Nachwuchs dabei vom DGB. "Faschismus ist kein Gedankengut. Faschismus ist ein Verbrechen", so Andreas Schmal von der DGB-Jugend Niederbayern-Oberpfalz, der klar machte, dass der Rechtsextremismus "in biederem Nadelstreifen" immer mehr Anhänger finde, gerade weil seine Vertreter so seriös daher kämen, sich so bürgernah gäben.

Dabei sei es meist klassische Sündenbock-Mentalität, so Stadtrat Werner

Schäfer, mit der rechtsextreme Parteien auf Mitgliederfang gingen: Sie suchten einfach die Ursache für die Missstände in der Gesellschaft bei jemand anderem – man verweise auf Leute, die in der Hierarchie unter einem stehen.

Die NPD hat seit letztem Jahr eine Immobilie an der Osserstraße angemietet, auf deren Gelände am 6. Juni der NPD-Bayerntag stattfinden soll. Einem solchen Treffen wollen die Anwesenden Paroli bieten und gründeten den "Runden Tisch gegen Rechts - Straubing".

Man habe bereits ein Konzept für eine Gegenaktion und werde mit der Stadt in Verbindung treten, um gemeinsam Flagge zu zeigen, teilten die Mitglieder des neu gewählten Sprecherrates, Andreas Schmal (DGB), Halil Demir (Migrationsbeirat), Simon Sucker (Jusos) und Dimitrij Krasnokutskij mit.

Der Runde Tisch will auch in Zukunft aktiv und offen für alle Verbände und Organisationen sei, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus anschließen möchten. Interessenten sind willkommen.

Manuel Schäfer, Vorsitzender UB Straubing

„Stolz auf die SPD“

- Dull neuer Vorsitzender im Juso-Unterbezirk -

Die beiden Juso-Kreisverbände Deggen Dorf und Freyung-Grafenau haben bei einer gemeinsamen Konferenz im Ruderhaus den Juso-Unterbezirk Deggen Dorf wieder gegründet. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch ein Referat des niederbayerischen SPD-

Kandidaten für das Europaparlament Christian Flisek.

Christian Flisek betonte in seinem Vortrag die Wichtigkeit zahlreicher Entscheidungen, die auf europäischer Ebene anstehen. Gerade deshalb sei es so wichtig mit der SPD einen Gegenpol zu radikalen Kräften zu verteidigen. Besonders FDP und Union hätten sich immer wieder mit marktradikaler Ideologie gegen Ansätze gewehrt, die Finanzmärkte zu regulieren. Die SPD sei, auch auf europäischer Ebene, Vorreiter in der Forderung gewesen, die Finanzmärkte zu regulieren und habe zahlreiche eigene Konzepte in das Parlament eingebracht. Daher könne man gerade in dieser Zeit stolz darauf sein, ein Sozialdemokrat zu sein. Scharf kritisierte Flisek die Wahltaktik der CSU: „Die Entscheidung, ob die Türkei EU-Mitglied wird, steht noch Jahre aus. Heute haben wir in Brüssel Entscheidungen darüber, wie es weitergeht mit der kommunalen Wasserversorgung oder mit den Sparkassen. Darauf hat die CSU keine Antwort und daher hat sie es nicht verdient mehr als eine kleine Regionalpartei zu sein.“

In der Diskussion kritisierte die Kandidatin für den Bundestag, Rita Hagl, die shareholder-value-Mentalität der vergangenen Jahre. Gerade hier müssten umfangreiche gesetzliche Regelungen erfolgen um die stake holder, vor allem die Mitarbeiter, wieder mehr an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Und der stellvertretende Deggen Dorfer Kreisvorsitzende Ewald Straßer fügte an: „Anhand von schlimmen Beispielen aus unserer Region, wie Edscha und Hertie, kann man erkennen, wie wichtig es ist, hier schnell zu handeln.“

Bei den anschließenden Wahlen wurde der 21-jährige Wirtschaftsrechtstudent

Manuel Dull aus Offenberg einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Dull, der auch Deggendorfer Juso-Ortsvorsitzender ist, sagte, er wolle dafür sorgen, dass sich junge Leute wieder durch die SPD angesprochen fühlen. Als Stellvertreter stehen ihm Oliver Herceg, Birgit Groll, Sandra Marget-Theuer, Anna Hagl, Marcus Reinert und Michael Fritz zur Seite. Den Posten als Schriftführerin übernahm Kunigunde Holler, als Beisitzer fungieren Rene Gomm, Korbinian Fürstenau, Martin Schwarz und Stephan Klingl.

Der Freyunger Juso-Kreisvorsitzende Michael Fritz und Rita Hagl betonten bei der Arbeitsplanung des Unterbezirks die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der beiden Kreisverbände. So könne man durch eine bessere Vernetzung gemeinsam zusätzliche Veranstaltungen organisieren und damit auch in weiteren Orten auftreten und Strukturen bilden, führte Fritz aus. Vorgesehen ist die Organisation von Infoständen zu Bundestags- und Europawahl, sowie von Diskussionen. Ein erster Termin wird der gemeinsame Besuch der Abschlusskundgebung zur Europawahl mit Martin Schulz und Christian Flisek am 31.05 ab 14:00 Uhr in Schwanenkirchen sein.

Auch auf kommunalpolitische Themen gingen die Jusos ein. Die Schließung von Hertie sei laut Jusos „katastrophal“ für die Mitarbeiter, aber auch bei der weiteren Entwicklung der Innenstadt könnten größere Probleme entstehen. Daneben gingen die Jusos auf den Dauerbrenner Baulandpolitik der Stadt Deggendorf ein. „Wer diese Tage am zukünftigen Baugebiet Eggerstraße II vorbeifährt, kann einen natürlichen Wald, mit zahlreichen Nistplätzen von Vögeln, in vollem Grün sehen. Wir hoffen immer noch auf eine Absetzung

dieser Bebauungsabsichten“, so der Deggendorfer Juso-Kreisvorsitzende Oliver Herceg.



Martin Schwarz (v.l.), stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender Ewald Straßer, Michael Fritz, neuer Vorsitzender Manuel Dull, Christian Flisek, Anna Hagl, Kandidatin für den Bundestag Rita Hagl, Kunigunde Holler, Sandra Margeth, Korbinian Fürstenau, Marcus Reinert, Oliver Herceg.

Manuel Dull, Vorsitzender UB Deggendorf

Sozialunion statt Gurkenunion!

- Für ein soziales und gerechtes Europa -

Am Ostermontag, den 13. April, traf sich der Bezirksvorstand der Jusos Niederbayern zu seiner ersten konstituierenden Sitzung in Plattling.

Schwerpunktthema war die Europäische Union und die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Doch die Europäische Union bleibt für die Jusos bislang weiter hinter ihren Erwartungen zurück. „Statt über Gurkenkrümmung und Brezensalz zu diskutieren, sollten endlich verbindliche soziale Mindeststandards in allen Mitgliedsländern eingeführt werden!“, stellte der Bezirksvorsitzende Martin Oswald klar.

Die Jusos fordern deshalb einen am jeweiligen Durchschnittseinkommen der Länder angelehnten Mindestlohn und eine Obergrenze von 40 Wochenarbeitsstunden. Um die ArbeitnehmerInneninteressen angemessen vertreten zu

können und Lohndumping zu verhindern, müssten auch die Gewerkschaften europaweit gestärkt und ihre Rechte gesichert werden, so Thomas Asböck, Landesvorsitzender der Jusos Bayern. Europa müsse aber nicht nur mehr für die Menschen tun, sondern auch durch eine verstärkte Demokratisierung transparenter werden. "Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen deutlich ausgebaut werden, da dies die einzige Institution ist, auf die wir EU-BürgerInnen durch Wahlen Einfluss nehmen können".

Mit diesen Gesichtspunkten vertreten die Jusos dieselben Forderungen, wie auch der Kandidat für das Europäische Parlament, Christian Flisek, die er auf der Bezirkskonferenz der Jusos vor wenigen Wochen noch einmal bekräftigte. Am 18./19. April findet in Neu-Ulm die Landeskonferenz der Jusos Bayern statt, auf der auch eine niederbayerische Delegation vertreten sein wird. Auf der Agenda steht auch dort die Europäische Union und die Jusos Niederbayern sind zuversichtlich ihren Forderungen Gehör verschaffen zu können.

Johanna Uekermann, stellvertretende Bezirksvorsitzende (Straubing)

„SPD muss an Glaubwürdigkeit gewinnen“

- Jusos reflektieren Europawahl -

Die Jusos Niederbayern trafen sich zu einer Bezirksvorstandssitzung im Gasthaus „Königlich Bayrisch“ in Passau. Dabei diskutierten sie unter anderem das desolante Abschneiden der SPD bei der Europawahl und die Themensetzung für die anstehende Bundestagswahl.

„Das Ergebnis der SPD und insbesondere der BayernSPD bei der Europawahl ist katastrophal aber nicht verwunderlich. Die SPD hat ein ernsthaftes Glaubwürdigkeitsproblem. Die SPD verspielt unumstößlich das Vertrauen der WählerInnen, wenn sie soziale Gerechtigkeit zwar in Wahlprogramme hinein schreibt, diese sich jedoch nicht im Regierungshandeln findet,“, so der Bezirksvorsitzende Martin Oswald.

Vor allem von der BayernSPD erwarten die niederbayerischen Jusos, dass sie sich für einen klaren sozialen Kurs einsetzt.

„Angriffe auf den politischen Gegner reichen eben nicht aus um Wahlen zu gewinnen“, meinte der stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Thomas Asböck, „vielmehr muss sich die SPD durch inhaltliche Konzepte vom bürgerlichen Lager abgrenzen.“

Dies sei die Lehre aus der Europawahl. Im Bundestagswahlkampf müsse die SPD wieder deutlich an Glaubwürdigkeit gewinnen, indem sie sich wieder stärker an die lohnabhängig Beschäftigten wendet.

„Die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes sind richtig. Nun ist wichtig, dass die SPD den WählerInnen deutlich macht, dass sie gewillt ist diese nach der Wahl auch tatsächlich umzusetzen“, ergänzte Oswald.

Die Jusos wollen ihren Wahlkampf an Themen ausrichten, die besonders für Jugendliche von Relevanz sind. „Wir müssen klar machen, dass mit uns und auch mit der SPD kein Ausstieg aus dem Atomausstieg zu machen ist, dass Bildung für alle kostenlos sein muss und dass Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden müssen. Mit u.a. diesen Themen und

Positionen wollen wir glaubhaft in den Wahlkampf ziehen," so die Juso-Vertreterin im SPD-Bezirksvorstand Katja Reitmaier.

Ergänzend meinte der Bundestagskandidat Michael Adam: „Wenn eine Partei wie die FDP den Menschen weiß machen will, Steuersenkungen wären das Allheilmittel für alle Probleme, so muss aufgezeigt werden, dass das Gegenteil der Fall ist. Wer in Krisenzeiten die Steuern senken will und gleichzeitig eine Schuldenbremse unterstützt, kann nicht anders als auf der Ausgabenseite zu sparen. Steuersenkungen würden drastische Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere bei der Rente, der Bildung und der Gesundheitsversorgung zur Folge haben.“

Martin Oswald, Bezirksvorsitzender (DEG)